

Dr. Max Muster, Musterstraße 1, Musterstadt
An die Bundesministerin des
Innern und für Heimat
Frau Nancy Faeser
Alt Moabit 140
10557 Berlin

Musterstadt, 01.02.2023

Keine Waffenrechtsreform, die mich als rechtskonformen Bürger trifft

Sehr geehrte Frau Bundesministerin Faeser,

mein Name ist Dr. Max Muster, ich bin einer von noch gut 400 **Büchsenmachermeister/innen**. Mein Handwerk ist Tradition und wird durch Ihre Verschärfungspläne des Waffenrechts noch mehr in der Existenz bedroht, als es die schwierige Nachwuchsgewinnung bereits macht. Halbautomaten-Verbot, Schreckschusswaffen-Neuerungen, Armbrust-Verschärfungen werden uns ganze Kundenkreise nehmen und Meisterwerkstätten werden schließen müssen.

In der Antwort auf die große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 19/26817) vom 19.02.2021 gibt die Bundesregierung ab Frage 21 immer wieder an, dass zu verschiedensten Taten keine Informationen vorliegen. Nun soll erneut das Waffengesetz verschärft werden. Inwieweit ist seit Februar 2021 an einer Verbesserung der Datenlage gearbeitet worden?

Ich bin gesetzestreu. Jedoch bereiten die mir bekannt gewordenen Pläne Ihres Innenministeriums zur Verschärfung des Waffenrechts große Sorgen. Niemand in diesem Land möchte, dass Extremisten oder Staatsfeinde Zugang zu Waffen haben. Wie stellen Sie jedoch sicher, dass diese Personen auch keinen Zugriff auf andere Tatmittel wie Messer, Äxte, Kraftfahrzeuge und andere gefährliche Gegenstände haben, die ebenfalls als Tatmittel (Waffe) eingesetzt werden können?

Bereits jetzt funktioniert deren Entwaffnung – so entnehme ich es immer wieder aus den Medien. Also bietet das geltende Waffengesetz genug Möglichkeiten, Extremisten und Staatsfeinde zu entwaffnen – wenn diese denn auch genutzt werden (in Bayern z.B. wurden über 900 Waffen von Reichsbürgern eingezogen)! Keine Waffenrechtsverschärfung wird Taten, wie z.B. in Berlin am 31.12.2022, verhindern, da die Täter ohnehin gegen geltendes Recht verstoßen haben. Bei Ihren Änderungsvorschlägen vermisse ich deshalb die Sachgrundlage oder auch Deliktrelevanz. Die Fraktion der GRÜNEN fordert seit Jahren eine bessere Zahlengrundlage der kriminalstatistischen Erfassung von Straftaten – dies wäre der erste Schritt, den Sie gehen müssten, so wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

Bitte schränken Sie mich in meinen Grund- und Eigentumsrechten nicht weiter ein. Ich achte die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und fühle mich in einem Klima des Misstrauens von Ihnen und den Medien vorverurteilt. Jedoch möchte ich Sie darauf hinweisen, dass ich bereit bin, mich mit allen legalen und zulässigen, friedlichen, demokratischen Mitteln gegen jede Verschärfung zu wehren, die mich trifft und nachweislich keinen Sicherheitsgewinn bringt. Enttäuschen Sie bitte nicht mein noch vorhandenes Vertrauen in unseren Rechtsstaat und die parlamentarische Demokratie.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Max Muster

Dr. Max Muster, Musterstraße 1, Musterstadt
Deutscher Bundestag
Abgeordnetenbüro - Innenausschuss
Frau Carmen Wegge
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Musterstadt, 01.02.2023

Keine Waffenrechtsreform, die mich als rechtskonformen Bürger trifft

Sehr geehrte Frau Abgeordnete Wegge,

mein Name ist Dr. Max Muster, ich bin einer von noch gut 400 **Büchsenmachermeister/innen**. Mein Handwerk ist Tradition und wird durch Ihre Verschärfungspläne des Waffenrechts noch mehr in der Existenz bedroht, als es die schwierige Nachwuchsgewinnung bereits macht. Halbautomaten-Verbot, Schreckschusswaffen-Neuerungen, Armbrust-Verschärfungen werden uns ganze Kundenkreise nehmen und Meisterwerkstätten werden schließen müssen.

In der Antwort auf die große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 19/26817) vom 19.02.2021 gibt die Bundesregierung ab Frage 21 immer wieder an, dass zu verschiedensten Taten keine Informationen vorliegen. Nun soll erneut das Waffengesetz verschärft werden. Inwieweit ist seit Februar 2021 an einer Verbesserung der Datenlage gearbeitet worden?

Ich bin gesetzestreu. Jedoch bereiten die mir bekannt gewordenen Pläne Ihres Innenministeriums zur Verschärfung des Waffenrechts große Sorgen. Niemand in diesem Land möchte, dass Extremisten oder Staatsfeinde Zugang zu Waffen haben. Wie stellen Sie jedoch sicher, dass diese Personen auch keinen Zugriff auf andere Tatmittel wie Messer, Äxte, Kraftfahrzeuge und andere gefährliche Gegenstände haben, die ebenfalls als Tatmittel (Waffe) eingesetzt werden können?

Bereits jetzt funktioniert deren Entwaffnung – so entnehme ich es immer wieder aus den Medien. Also bietet das geltende Waffengesetz genug Möglichkeiten, Extremisten und Staatsfeinde zu entwaffnen – wenn diese denn auch genutzt werden (in Bayern z.B. wurden über 900 Waffen von Reichsbürgern eingezogen)! Keine Waffenrechtsverschärfung wird Taten, wie z.B. in Berlin am 31.12.2022, verhindern, da die Täter ohnehin gegen geltendes Recht verstoßen haben. Bei Ihren Änderungsvorschlägen vermisse ich deshalb die Sachgrundlage oder auch Deliktrelevanz. Die Fraktion der GRÜNEN fordert seit Jahren eine bessere Zahlengrundlage der kriminalstatistischen Erfassung von Straftaten – dies wäre der erste Schritt, den Sie gehen müssten, so wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

Bitte schränken Sie mich in meinen Grund- und Eigentumsrechten nicht weiter ein. Ich achte die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und fühle mich in einem Klima des Misstrauens von Ihnen und den Medien vorverurteilt. Jedoch möchte ich Sie darauf hinweisen, dass ich bereit bin, mich mit allen legalen und zulässigen, friedlichen, demokratischen Mitteln gegen jede Verschärfung zu wehren, die mich trifft und nachweislich keinen Sicherheitsgewinn bringt. Enttäuschen Sie bitte nicht mein noch vorhandenes Vertrauen in unseren Rechtsstaat und die parlamentarische Demokratie.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Max Muster

Dr. Max Muster, Musterstraße 1, Musterstadt
Deutscher Bundestag
Abgeordnetenbüro - Innenausschuss
Herr MdB Marcel Emmerich
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Musterstadt, 01.02.2023

Keine Waffenrechtsreform, die mich als rechtskonformen Bürger trifft

Sehr geehrter Herr Abgeordneter Emmerich,

mein Name ist Dr. Max Muster, ich bin einer von noch gut 400 **Büchsenmachermeister/innen**. Mein Handwerk ist Tradition und wird durch Ihre Verschärfungspläne des Waffenrechts noch mehr in der Existenz bedroht, als es die schwierige Nachwuchsgewinnung bereits macht. Halbautomaten-Verbot, Schreckschusswaffen-Neuerungen, Armbrust-Verschärfungen werden uns ganze Kundenkreise nehmen und Meisterwerkstätten werden schließen müssen.

In der Antwort auf die große Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN (Drucksache 19/26817) vom 19.02.2021 gibt die Bundesregierung ab Frage 21 immer wieder an, dass zu verschiedensten Taten keine Informationen vorliegen. Nun soll erneut das Waffengesetz verschärft werden. Inwieweit ist seit Februar 2021 an einer Verbesserung der Datenlage gearbeitet worden?

Ich bin gesetzestreu. Jedoch bereiten die mir bekannt gewordenen Pläne Ihres Innenministeriums zur Verschärfung des Waffenrechts große Sorgen. Niemand in diesem Land möchte, dass Extremisten oder Staatsfeinde Zugang zu Waffen haben. Wie stellen Sie jedoch sicher, dass diese Personen auch keinen Zugriff auf andere Tatmittel wie Messer, Äxte, Kraftfahrzeuge und andere gefährliche Gegenstände haben, die ebenfalls als Tatmittel (Waffe) eingesetzt werden können?

Bereits jetzt funktioniert deren Entwaffnung – so entnehme ich es immer wieder aus den Medien. Also bietet das geltende Waffengesetz genug Möglichkeiten, Extremisten und Staatsfeinde zu entwaffnen – wenn diese denn auch genutzt werden (in Bayern z.B. wurden über 900 Waffen von Reichsbürgern eingezogen)! Keine Waffenrechtsverschärfung wird Taten, wie z.B. in Berlin am 31.12.2022, verhindern, da die Täter ohnehin gegen geltendes Recht verstoßen haben. Bei Ihren Änderungsvorschlägen vermisse ich deshalb die Sachgrundlage oder auch Deliktrelevanz. Die Fraktion der GRÜNEN fordert seit Jahren eine bessere Zahlengrundlage der kriminalstatistischen Erfassung von Straftaten – dies wäre der erste Schritt, den Sie gehen müssten, so wie es im Koalitionsvertrag vereinbart wurde.

Bitte schränken Sie mich in meinen Grund- und Eigentumsrechten nicht weiter ein. Ich achte die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland und fühle mich in einem Klima des Misstrauens von Ihnen und den Medien vorverurteilt. Jedoch möchte ich Sie darauf hinweisen, dass ich bereit bin, mich mit allen legalen und zulässigen, friedlichen, demokratischen Mitteln gegen jede Verschärfung zu wehren, die mich trifft und nachweislich keinen Sicherheitsgewinn bringt. Enttäuschen Sie bitte nicht mein noch vorhandenes Vertrauen in unseren Rechtsstaat und die parlamentarische Demokratie.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Max Muster